



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

3/XVI/131 - 14. Juni 1967

Archiv
des Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn
14 JUNI 1967

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Spiel mit dem Grundgesetz

45

Ein Wort zum Zynismus des Bundeskanzlers

2 - 3

Um Sein oder Nichtsein

102

Von Dr. Fritz Sternberg

4 - 5

Fikante Hinterründe

70

Zur kommunistischen Wählerarbeit in der Ruhrzechen

6

Ärger für Herrn von Hassel

50

Intrigennetz in der Lübecker CDU

7

Wie einst die Schildbürger

34

Wenn die Bürger nicht auf die Marktplätze dürfen...

Oder: Angst vor Lilly Brandt

* * * * *

Spiel mit dem Grundgesetz

Ein Wort zum Zynismus des Bundeskanzlers

sp - Fritz Erler, MdB und Mitglied der sozialdemokratischen Mannschaft, hat am Dienstag dem Bundeskanzler vorgeworfen, er befinde sich in Widerspruch zu dem tatsächlichen Geschichtsverlauf und habe auf die nationale Pauke. Dem hat der Vizepräsident des Bundestages, Prof. Carlo Schmid, hinzugefügt, von Adenauer stamme eine der schamlichsten Lügen, die jemals in die Welt gesetzt wurden.

Erler und Schmid meinten die Würzburger Rede des Bundeskanzlers. Sie wurde, von Ausnahmen abgesehen, leider in der deutschen Öffentlichkeit nicht so beachtet, wie sie es verdiente. Gewiss, wir sind im Wahljahr und es ist nicht unbedingt alles auf die Goldwaage zu legen, was gesagt wird. Vom Bundeskanzler, der sich gern als ein harter Wahlkämpfer bezeichnen lässt, ist bekannt, dass seine Beziehung zur Wahrheit nicht gerade von Innigkeit und Wärme geprägt ist. Aber auch hier, trotz dieser hinreichend bekannten Eigenart des Bundeskanzlers, sollte es, so müsste man meinen, unübersteigbare Grenzen geben. Für Dr. Adenauer existieren sie freilich nicht. Er schlägt bedenkenlos um sich, fälscht Tatsachen ins Gegenteil.

So hat er in seiner Würzburger Rede gesagt, die Besatzungsmächte hätten der Bundesrepublik ihren föderativen Charakter und das Grundgesetz aufgezwungen - eine, für sich betrachtet, wirklich ungeheuerliche Behauptung, der jeder Wahrheitsgehalt fehlt. Wer gibt sich schon die Mühe, die Protokolle des Parlamentarischen Rates nachzulesen? Sie besagen, dass damals die von Dr. Adenauer geführte CDU bereit war, buchstäblich alles zu schlucken, was von alliierter Seite der Bundesrepublik zugemutet wurde. Es war das unvergängliche Verdienst eines Kurt Schumacher, dass er durch seinen hartnäckigen Widerstand gegen die weitgehenden Föderalisierungspläne der CDU erst eine funktionsfähige Bundesrepublik ermöglichte.

Das Grundgesetz wurde schliesslich von a l l e n demokratischen Parteien, mit Ausnahme der CSU, verabschiedet. In ihm fanden die bitteren Erfahrungen der deutschen Geschichte ihren Niederschlag. Es bindet die Staatsgewalt und setzt ihr Grenzen.

Davor möchte der Bundeskanzler heute wieder loskommen. Er stöhnt, nach eigenem Eingeständnis, unter dem Joch des Grundgesetzes. Weiss Adenauer, welch' gefährliches Spiel er treibt? Er stellt die Zustimmung des deutschen Volkes zu seiner demokratischen Verfassung in Zweifel und weckt damit unterschwellige antidemokratische Strömungen. So stark ist das demokratische Bewusstsein in unserem Volke noch nicht, dass es auf die Dauer Angriffe höchster Staatsautoritäten gegen das Grundgesetz ohne Schaden ertragen kann. Es sieht, wie der Mann, der geschworen hat, die Verfassung zu achten, sie zu schützen und in ihrem Geiste zu handeln, dieselbe Verfassung als unerträgliche Belastung empfindet, nur weil sie auch ihm auferlegt, bestimmte Dinge nicht zu tun. Ein solcher, von höchster Stelle gepflegter Zynismus kann nicht ohne trübe Folgen bleiben.

Um Sein oder Nichtsein

Von Dr. Fritz Sternberg

Im Jahre 1921, als in Russland der Bürgerkrieg zu Ende war, sagte Lenin über die Zukunftsaussichten des Kommunismus: Wir haben keine Chance, direkt nach Berlin, Paris und London zu kommen; vielleicht aber kommen wir über Asien und Afrika indirekt dorthin. Erst vor wenigen Tagen hat Chruschtschow in Wien Kennedy gegenüber denselben Standpunkt eingebracht. Der russische Staatsmann ist sicher, dass in den sogenannten Entwicklungsländern die Zeit für ihn arbeitet. Wird er recht behalten?

Von den drei Milliarden Menschen, die es heute auf der Erde gibt, lebt eine Milliarde in der westlichen und eine knappe Milliarde in der östlichen Welt. Mehr als eine Milliarde Menschen haben ihre Heimat in Entwicklungsländern, die politisch noch nicht festgelegt sind. Achtzig bis neunzig Prozent dieser Menschen leben von der Landwirtschaft und ebenso viele Prozent von ihnen sind Analphabeten.

Wir haben heute in der Welt eine echte Auseinanderentwicklung: auf der einen Seite stehen die reichen Industrieländer, auf der anderen die armen Entwicklungsländer. Dabei nimmt der Abstand zwischen der westlichen Welt und den Entwicklungsländern noch immer zu. Auch in den letzten zehn Jahren, in denen so viel von Entwicklungshilfe gesprochen wurde, ist dieser Abstand weiter grösser geworden. Während im Westen der Lebensstandard um 3 bis 6 Prozent zunahm, stieg er in den Entwicklungsländern im allerbesten Fall um 1 Prozent. Wenn das so weitergeht, müssen wir im nächsten Jahrzehnt schwere soziale Explosionen erwarten.

Der Westen hat keine Zeit mehr

Wir können uns in den Entwicklungsländern aus drei Gründen nicht mehr Zeit lassen. Zuerst einmal, weil der allergrösste Teil dieser Länder, der sich bis zum Krieg in kolonialer oder halbkolonialer Abhängigkeit befand, heute souverän ist.

Zweitens haben wir nun zum erstenmal eine Weltgeschichte, dies heisst eine Geschichte der ganzen Welt, die es bis zum 20. Jahrhundert nicht gegeben hat. Es ist jetzt möglich, in einem Tag von jeder Stadt Afrikas oder Asiens nach Europa zu reisen. Die führenden Menschen der neuen Staaten machen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Man kann ihnen daher heute nicht mehr einreden, dass die Armut von der Natur oder von Gott kommt.

Drittens kann heute der Sowjetkommunismus darauf hinweisen, dass er innerhalb weniger Jahrzehnte die Rückständigkeit des russischen Volkes überwunden und es zur zweiten Industrienation der Welt gemacht hat. Dieses Argument macht auf die Führer der zurückgebliebenen Völker einen gewaltigen Eindruck.

Wenn der Westen also in den sechziger Jahren ebensowenig wie in den fünfziger Jahren unternimmt, um der Auseinanderentwicklung des Lebensstandards in der Welt entgegenzuwirken, dann werden die aufsteigenden Völker unter den Einfluss des Kommunismus geraten, dann wird das Sowjetsystem nicht über eine Milliarde Menschen, sondern über zwei Milliarden Menschen gebieten - und dann braucht Chruschtschow keinen Krieg mehr, um dem Westen seine Bedingungen diktieren zu können.

Berlin wird auch in Indien verteidigt

Es ist also ganz falsch, wenn man heute in Europa oder Amerika um Mitleid für die hungernden Kinder in Afrika oder Asien wirbt und den Eindruck erweckt, es gelte, eine Wohltätigkeitsaktion durchzuführen.

Wir verteidigen in den Entwicklungsländern nicht mehr und nicht weniger als die Möglichkeit für unser eigenes Überleben. Ich habe zum Beispiel in Berlin gesagt: Man muss Berlin in Berlin verteidigen. - aber auch in Indien. Wie gross ist nun die Aufgabe, die uns gestellt ist? Es geht vorerst darum, die weitere Auseinanderentwicklung aufzuhalten. In den sechziger Jahren muss der Lebensstandard in den Entwicklungsländern trotz Bevölkerungsvermehrung um den gleichen Prozentsatz steigen wie in einem durchschnittlichen westlichen Land. Dabei ist es notwendig, dass in dieser Zeit die Abhängigkeit der Industrie der Entwicklungsländer überwunden wird.

Was haben wir also zu tun? - Die Amerikaner stellen zurzeit bereits ein Prozent des Nationaleinkommens, also etwa ein Drittel des durchschnittlichen jährlichen Einkommenszuwachses im Westen für die Entwicklungsländer zur Verfügung. In Europa ist es noch lange nicht so weit. Man hört immer wieder, wie schwer das Opfer ist, das den westlichen Ländern durch die Entwicklungshilfe aufgebürdet wird. Ich bitte alle, die die Situation erkennen, dagegen zu protestieren, wenn unser Nichtstun beschönigt wird. Wenn Produktion und Produktivität in einem Land so wächst, dass der Lebensstandard um 3 Prozent pro Jahr steigt, dann ist die Bereitstellung von einem Drittel dieses Zuwachses kein unzumutbares Opfer. Der Lebensstandard wird nicht verringert, nur seine Steigerung wird verlangsamt. Wenn die politischen Führer der westlichen Welt nicht instande sind, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dann dankt der Westen eben vor der Geschichte ab.

Feudalsystem und Analphabetismus

Die Entwicklungshilfe bleibt aber, das ist statistisch nachweisbar, überall dort wirkungslos, wo das Feudalsystem und der Analphabetismus bestehen bleiben. Wenn der Westen also wirksamer hilft, dann muss er auch Jahr für Jahr darauf sehen, wie weit die soziale Umwälzung in den Entwicklungsländern gediehen ist. Es hat keinen Sinn, einem mittelalterlichen Fürsten Dollarrollen nachzuwerfen. Experten haben festgestellt, dass von 100 Millionen Dollar, die in besonders rückständige Länder hineingepumpt worden sind, kaum 5 Millionen wirklich das Volk erreichten.

Wir werden aber auch jedes Jahr fragen müssen, wie viele Menschen in den Entwicklungsländern lesen und schreiben gelernt haben - vor allem, wie viele junge Menschen. Die helfenden Länder müssen für den Bau von Schulen, vor allem aber für die Ausbildung von Lehrern sorgen. Wir im westlichen Europa haben mehr als hundert Jahre gebraucht, um den Analphabetismus zu überwinden. Die Entwicklungsländer haben nicht so lange Zeit.

Es ist auch klar, dass in den Entwicklungsländern der Staat von vornherein grösseren Einfluss haben muss als im kapitalistischen Westen, wenn die Entwicklungshilfe Nutzen bringen soll. Der Aufstieg dieser neuen Länder mit starker Staatswirtschaft wird auf die Dauer auch nicht ohne Rückwirkung auf die heute helfenden Länder des Westens bleiben. Es ist daher nicht zu erwarten, dass der Kapitalismus diese Entwicklung über ein bestimmtes Mass hinaus fördern wird.

Die europäischen Sozialisten sollten daran denken, dass in Europa nicht mehr wie zur Zeit Karl Marx' drei Viertel der Weltgüterproduktion konzentriert sind, sondern nur noch ein Viertel. Die europäischen Sozialisten sollten auch dann, wenn sie mit ihren Tagesproblemen befasst sind, ununterbrochen daran denken, in welcher Welt sie leben. Es ist zwar nicht leicht, den europäischen Arbeitern das überragende Weltproblem, das sie nicht direkt berührt, nahezubringen, aber gerade deshalb braucht der Sozialismus echte Lehrer, echte Führer, die instande sind, den Menschen, vor allem den jungen Menschen, Visionen zu geben.

Pikante Hintergründe

H.V. 15 Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zogen aus, um die kommunistische Wählerarbeit in den Ruhrzechen zu untersuchen. Sie wählten dazu die Form der kleinen Anfrage an die Bundesregierung, von der sie mittels acht Fragen erfahren wollen, ob die bundeseigene Bergwerksgesellschaft Hibernia - AR-Vorsitzender ist dort Staatssekretär Dr. Westrick - kommunistisch unterwandert ist oder nicht.

Die wackeren CDU-Streiter kommen dabei allerdings gleich zweimal recht arg ins Gedränge. Denn: Zu dem Zeitpunkt, da die kleine CDU/CSU-Anfrage wissen will, wie die Bundesregierung es sich erklärt, "dass Mitglieder der IG Bergbau und Energie von Betriebsratsvorsitzenden (gemeint ist damit der alte KP-Funktionär Kreienhorst von der Hibernia-Zeche Rheinbaben) dauernd unter Druck gesetzt werden", erklärte CDU-Parteichef Adenauer vor der KAB in Düsseldorf, dass er über den hohen Stimmenanteil des DGB bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen verblüfft sei. Von seinem Parteifreund und stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Bernhard Tacke musste sich Konrad Adenauer dann die peinliche Frage gefallen lassen, "ob er es denn lieber gesehen hätte, wenn die über 85 Prozent der Stimmen nicht auf die DGB-Gewerkschaften entfallen, sondern sogenannten unabhängigen Kandidaten, Kommunisten oder Unorganisierten zugute gekommen wären".

In der Tat: Auf der Hibernia-Zeche Rheinbaben sind die früheren Kommunisten um Kreienhorst deshalb so stark zum Zuge gekommen, weil sich die IG Bergbau und Energie trotz grösster Aktivität gegen den schon seit langer Zeit aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Kreienhorst nicht durchzusetzen vermochte. Aus der kleinen Anfrage an die Bundesregierung ist dabei zu entnehmen, dass die Werksverwaltung von Rheinbaben in Bottrop den Ex-Kommunisten um Kreienhorst recht grosszügig gegenüberstand und dem von der IG Bergbau und Energie als Meinungs- und Gesinnungsterror der Kreienhorst & Co. bezeichneten politischen Druck auf die Belegschaft nicht konsequent entgegentrat.

Dem pensionsreifen Regierungschef sollten diese Tatbestände einmal in sein Stammbuch geschrieben werden, damit er endlich den besonderen Wert des DGB als zuverlässige Stütze um die Erhaltung unserer

freiheitlichen Grundsätze erkennt. Christgewerkschaftliche Sekten vom Typ der sogenannten CGD sind in dieser Auseinandersetzung dabei mehr schädlich als dienlich.

Auch dafür liefert die CDU/CSU-Anfrage ungewollt den Beweis. In der Anfrage heisst es nämlich, ob es den Tatsachen entspricht, "dass sich der Betriebsratsvorsitzende Moll von der Schachterlage General Blumenthal in Recklinghausen auch heute noch öffentlich als Kommunist bezeichnet."

Nun ist in Recklinghausen bekannt, dass Moll sich nicht nur einmal in diesem Sinne geäussert hat, sondern seit Jahr und Tag aus seiner KP-Gesinnung keinen Hehl macht. Auch wissen die Kumpels von General Blumenthal von den harten Ausdrücken zu berichten, mit denen Moll die Kirche und ihre Anhänger belegt. Das alles aber konnte nach der letzten Betriebsrätewahl den einzigen CGD-Vertreter im Betriebsrat, den CDU-Stadtvertreter Johannes Schulte nicht daran hindern, sich von Moll und seinen Gesinnungsfreunden als Vertreter der Zeche General Blumenthal in den Hibernia-Gesamtbetriebsrat delegieren zu lassen.

Moll und Genossen haben also auf ein sehr wichtiges und für ihre politischen Interessen bedeutsames Mandat im Gesamtbetriebsrat der Hibernia verzichtet und es einem CDU-Mann anvertraut, der ihnen gesinnungsmässig nicht nahesteht. Ist das nun Eummheit von Moll oder - wie es in Recklinghausen die Spatzen von allen Dächern pfeifen - der Judaslohn für den CDU-Mann Schulte, der bei der Wahl des Betriebsratsvorsitzenden dem Moll seine Stimme gab? Immerhin brauchte Kommunist Moll neben den acht Stimmen seiner Liste noch mindestens zwei weitere Stimmen, um bei einer Gesamtzahl von 19 Betriebsräten die Mehrheit zu erhalten. Wenn auch die Wahl zum Betriebsratsvorsitzenden in geheimer Abstimmung erfolgte, so lässt die plötzliche liebevolle Patronage des CDU-Schulte durch KP-Moll vermuten, dass hier gegenseitige Leistungen honoriert wurden. Wie anders wäre sonst der Vorgang zu erklären?

Für die Bundesregierung wird es natürlich peinlich sein, dass einer der Ihren in diesem Spielchen um Mandate und Posten aktiv mit von der Partie war. Dass diese kleine Anfrage, die es nun durch die Bundesregierung zu beantworten gilt, von der CDU/CSU gestellt wurde, gibt der ganzen Angelegenheit trotz ihrer politischen Tragik noch eine pikante Note.

Ärger für Herrn von Hassel

sp- Man hat allen Grund, den schleswig-holsteinischen CDU-Landesvorsitzenden, Bundeswahlkampfleiter und Ministerpräsidenten von Hassel zu bedauern. In der Lübecker CDU gibt es nach den Affären um den im Spielbankausschuss gerügten und dadurch um seinen Bürgermeisterposten und das Amt des Landtagspräsidenten gekommenen Dr. Walther Böttcher (CDU), sowie der Affäre um den Bundestagsabgeordneten Wendelborn (CDU) jetzt den mystischen Skandal Weidemann. Der "Fall Weidemann" setzt die Kette der Intrigen in der Lübecker CDU, die nur schon über drei Jahre lang anhalten, fort und nur der in den Affären erprobten Verschwiegenheit ist es zu verdanken, dass man noch nicht weiss, wodurch der Skandal Weidemann entstanden ist.

Anfang April wurde der stellvertretende Lübecker CDU-Vorsitzende Ehrenfried Weidemann, ein übersaus vitaler und nach vorn drängender Kommunalpolitiker, durch seinen Kreisvorstand seiner Parteiämter entsetzt. Dem 60-köpfigen Kreisverbandsausschuss der CDU wurde am 11. April mitgeteilt, Weidemann habe sich seit Monaten mündlich und schriftlich in beleidigender Weise über Parteifreunde und Vorstandsmitglieder geäußert und so Unruhe in der CDU gestiftet. Wenige Tage später erhob der Lübecker Senator Dr. Wollbrandt (CDU) gegen Weidemann Dienstaufsichtsbeschwerde. Jetzt ging es um den Privatberuf des Steuerberaters Weidemann beim Lübecker Finanzamt. Weidemann wurde zudem aus den Ausschüssen der Lübecker Bürgerschaft durch seine Partei zurückgezogen und schliesslich aus seiner Partei ausgeschlossen.

Der so Gemassregelte nahm sich den Rechtsanwalt Dr. Stefan Böttcher, ein Sohn jenes durch seine Partei so hart angeschlagenen Landtagspräsidenten a.D. Dr. Walther Böttcher. Zuerst ging die Dienstaufsichtsbeschwerde an die Oberfinanzdirektion nach Kiel. Sogleich Senator Dr. Wollbrandt darin den Steuerinspektor Weidemann der persönlichen Beleidigung bezichtigte, wurde die Beschwerde durch die Finanzdirektion als gegenstandslos zurückgewiesen, weil Weidemann sich bei einer dienstlichen Handlung keiner Pflichtverletzung schuldig gemacht habe.

Am 29. Mai ging die Affäre Weidemann in die nächste Runde, indem der Landessatzungsausschuss der CDU dem Lübecker Kreisvorstand mitteilte, Weidemann hätte nicht aus der Partei ausgeschlossen werden dürfen. So wurde denn Weidemann von oben wieder in die Lübecker CDU hineingeboxt.

Das aber bedeutet wiederum nicht, dass er nun in alle seine früheren Ämter wieder einzurücken durfte, nämlich in das des stellvertretenden Kreisvorsitzenden, des Vorsitzenden des Bezirksverbandes Marli, sowie in das eines Mitgliedes des Kreisverbandsausschusses. So bleibt denn für Weidemann mit Hilfe von Stefan Böttcher noch der Kampf um die alten Ämter übrig.

Bei der letzten Kommunalwahl in Lübeck war das Werbeplakat für Weidemann von der CDU übrigens mit den Worten versehen worden: "Das ist Ihr Kandidat! Wer Ehrenfried Weidemann kennt, wird sofort zustimmen. Ehrenfried Weidemann ist auch Ihr Vertrauensmann!" Der Wahlauftrag für Weidemann schloss mit den Worten: "An den Früchten soll man uns erkennen!" Zu seinem rückgängig gemachten Ausschluss, der ihn jedoch seine Parteiämter nicht wiederbrachte, meinte Weidemann wörtlich: "Nichts läge mir ferner, als meine Partei zu schädigen. Ich will deshalb auch keine Namen nennen. Das heisst, einen Namen können alle wissen: Mein Hauptfeind Nummer eins in der Partei ist Senator Dr. Wollbrandt".

Wie einst die Schildbürger

bk. - In Schilda soll demnächst den Bürgern empfohlen worden sein, einen Tag in der Woche zu Hause zu bleiben, um das Pflaster des Marktplatzes zu schonen. An solche und ähnliche Geschichten fühlt man sich erinnert, wenn man die dürftigen Ergebnisse der Bundestagung durchblättert, die am Wochenende von der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU in Stuttgart veranstaltet wurde. Da gibt es nämlich, sage und schreibe, eine Entschliessung, in der den Bürgern empfohlen wird, nicht auf den Marktplatz zu gehen, wenn der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, in ihre Stadt kommt. Das steht da bierernst, schwarz auf weiss, mit Mehrheit angenommen. Man muss es den christdemokratischen Schildbürgern zugestehen: Sie haben mindestens ebensoviel Mut zur Lächerlichkeit wie ihre historischen Vorbilder.

Nun weiss man seit geraumer Zeit, dass die Deutschlandreise Willy Brandts der CDU/CSU schwer auf dem Magen liegt. Denn die Marktplätze werden dabei nicht geschont, und selbst in Kleinstädten, die sich eines christdemokratischen Bürgermeisters erfreuen können, machen sich selten weniger als 5000 Menschen auf die Beine, um das Pflaster abzurutzen und Willy Brandt zu hören. Mit Küh' und Not, oft genug auch ohne Erfolg, hat die CDU ihre eigenen Bürgermeister davon abhalten können, den Gast aus Berlin in ihrer Gemeinde zu empfangen. Denn solch' ein Bürgermeister weiss meistens recht gut, was die Bürger von ihm erwarten. Andere meinten, es sei ganz gut, mit einem wichtigen Exponenten des Deutschen Städtetages seine Sorgen und Nöte zu besprechen. Einige dachten sicher auch daran, dass es in diesen Tagen und Wochen gewiss nichts schaden könne, sich zu Berlin zu bekennen.

Die Schildbürger, die in Stuttgart zusammenkamen, glauben sicher auch noch, dass ihr Beispiel Schule macht und dass die Menschen in diesem Lande es sich von Fall zu Fall vorschreiben lassen, wenn sie hören und sehen, wie sie sich informieren wollen. Diese Entschliessung der christdemokratischen Kommunalpolitiker ist ein schöner Beweis für die Nervosität, die sich der Regierungspartei bemächtigt hat. Aus gutem Grund.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel